

18. Jahrgang 2017, Heft 4

OST-WEST

Europäische Perspektiven

100 Jahre Oktoberrevolution. Eine alternative Chronik der Sowjetunion



Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising, Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11 info@renovabis.de · www.renovabis.de

und

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn, Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44 info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Haneke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44 owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 €
Jahresabonnement 19,80 €
(jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraums keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Verlag Friedrich Pustet
Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg
Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330
verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

ISSN 1439-2089

Inhaltsverzeichnis

Die Abbildung auf dem Umschlag wurde von Martin Veicht gestaltet.

Abweichend von der üblichen Gestaltung enthält das Heft im Anschluss an das Editorial fortlaufend auf jeder Druckseite einen einzelnen Beitrag, der jeweils einem Jahr zugeordnet ist. Eine Ausnahme bildet der Beitrag für 1917, der zwei Seiten umfasst.

| | |
|---|-----|
| Editorial | 241 |
| Beiträge | 242 |
| Autorenverzeichnis und Hinweise zu den Abbildungen | 318 |

Editorial

Das Jahr 1917 markiert den Beginn einer neuen Epoche der Weltgeschichte: Die USA treten im April auf Seiten der Alliierten in den Ersten Weltkrieg ein und steigen im Laufe der nächsten Jahrzehnte zur Großmacht, ja zur Weltmacht auf. Das militärisch stark geschwächte Zarenreich Russland wird durch zwei Revolutionen im Frühjahr und Herbst erschüttert, die im Laufe der folgenden Jahre zu radikalen Veränderungen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft führen. Mit der Oktoberrevolution reißen die Bolschewiki unter der Führung vom Wladimir I. Lenin die Macht an sich und schaffen in den folgenden Jahren ein völlig neues Staatswesen: die „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ (UdSSR), so die offizielle Bezeichnung seit 1922, die auch als Sowjetunion bekannt war. Die Sowjetunion erhob für sich den Anspruch, die vor allem von Karl Marx entwickelte Idee einer kommunistischen Gesellschaftsordnung in einem Land zu verwirklichen und damit Vorbild für die ganze Welt zu werden.

Fast das gesamte 20. Jahrhundert stand dann im Zeichen der Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den USA. 1991 ist die UdSSR als Staat von der Landkarte verschwunden, hat jedoch in ihren Nachfolgestaaten, besonders in der heutigen Russischen Föderation, unübersehbare Spuren hinterlassen. Viele Ereignisse und Entwicklungen der Jahre zwischen 1917 und 1991 wirken bis heute fort, sodass es auch künftig wichtig sein wird, sich an die Geschichte der Sowjetunion zu erinnern.

Das vorliegende OWEP-Heft zeichnet in Gestalt einer alternativen Chronik Ereignisse aus Politik, Kultur, Religion, Wissenschaft und Kunst des Landes nach. Die Auswahl ist bewusst zufällig und bietet neben Bekanntem sicher auch manche Überraschung. Jedem Jahr ist ein bestimmtes Datum zugeordnet, und so entsteht ein Kaleidoskop, das zur vertieften Beschäftigung mit einem in mancher Hinsicht faszinierenden untergegangenen Land anregen möchte.

Die Redaktion

Revolutionen in Russland

Mit dem Jahr 1917 begann der Untergang der großen Imperien in Europa, und das „lange“ 19. Jahrhundert endete, das mit der Französischen Revolution von 1789 begonnen hatte. In kurzer Zeit zerfielen das Russische Reich, das Habsburgerreich, das Deutsche Reich und das Türkische Reich. Den Anfang machte Russland: Im Februar 1917 brachen in der Hauptstadt Petrograd Unruhen unter Arbeitern aus. Im Hintergrund standen die katastrophale Versorgungslage im dritten Kriegsjahr sowie Unzufriedenheit mit dem Kriegsverlauf und mit dem politischen System. Frühere Widerstandsbekundungen waren vom autokratisch regierenden Monarchen entweder unterdrückt worden, oder es waren nur unzureichende Zugeständnisse gemacht worden. Jetzt aber war das Regime nicht mehr in der Lage, der Unruhen Herr zu werden. Anfang März (nach dem in Russland verwendeten julianischen Kalender im Februar) nahmen die Hungeraufstände und Streiks zu; Soldaten und Polizisten verbündeten sich mit den Aufständischen, und nach einigen Tagen musste der Zar zurücktreten. Bereits zuvor hatte die Duma (die seit 1906 bestehende Abgeordnetenkammer) die Regierungsgewalt übernommen.

In der Folge dieser Ereignisse wurde eine „Provisorische Regierung“ eingesetzt, die die Aufgabe hatte, eine verfassungsgebende Versammlung vorzubereiten und einzuberufen. Neben der Provisorischen Regierung gab es die „Räte“ (russisch: Sowjets) der Arbeiter und Soldaten, die Vertreter der Streikenden waren und mit der Zeit unter kommunistische Kontrolle gerieten. Nach dem erfolglosen Juliaufstand, einem Versuch, die Alleinregierung zu übernehmen, verloren sie jedoch ihren Einfluss, und die Provisorische Regierung unter Alexander Kerenski hatte die alleinige Macht.

Viele Regelungen aus der Zeit der Monarchie wurden sofort außer Kraft gesetzt, darunter die Kontrolle über die orthodoxe Kirche. Diese berief für den Sommer ein Landeskonzil ein, auf dem beschlossen wurde, das Amt des Patriarchen – unter Peter dem Großen Anfang des 18. Jahrhunderts abgeschafft – wieder einzuführen.

Innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands gab es seit langem zwei Hauptgruppierungen, die nach den russischen Begriffen für Minderheit und Mehrheit als „Menschewiki“ und „Bolschewiki“ bezeichnet wurden. Wladimir Iljitsch Lenin, der Führer der Bolschewiki, kehrte im April 1917 aus dem Exil in sein Heimatland zurück. Zu

diesem Zweck erlaubte ihm die deutsche Reichsregierung die Fahrt aus der Schweiz über deutsches Territorium, da sie sich eine Destabilisierung des Kriegsgegners Russland erhoffte.

Nach dem Scheitern des Juliaufstandes arbeiteten die Bolschewiki auf einen gewaltsamen Umsturz hin, statt die geplanten freien Wahlen zu der verfassungsgebenden Versammlung abzuwarten. Ihre Unterstützung in der Bevölkerung wuchs, zumal die Provisorische Regierung und die Menschewiki für eine Fortsetzung des Krieges waren, den die Bolschewiki ablehnten.

Nach Planungen und Vorbereitungen übernahmen die Bolschewiki am 7. und 8. November (nach dem alten Kalender im Oktober) die Macht. Sie besetzten die strategisch wichtigen Punkte von Petrograd, verhafteten die Regierungsmitglieder, und ein Rat der Volkskommissare unter Lenin übernahm die Regierungsgeschäfte. Die gesamte Aktion verlief ohne Blutvergießen und beeinträchtigte das Alltagsleben kaum: Die Theater spielten, die Straßenbahnen fuhren, und die meisten Russen erfuhren vom Machtwechsel aus der Zeitung. Die neue Sowjetmacht erreichte zum 15. Dezember einen Waffenstillstand mit dem Deutschen Reich, der es ihr leichter machte, ihre noch schwache Position im Inland in den nächsten Jahren zu festigen.

Es gab also nicht einen einzelnen Moment im Jahr 1917, in dem Russland von der Monarchie zum Kommunismus übergegangen wäre. Es handelte sich um einen längeren Prozess, der, von der Unfähigkeit der Autokratie zu Reformen unterstützt, nicht erst mit dem Amtsverzicht des Zaren begann und ebenfalls nicht mit dem Sturm auf den Regierungssitz endete. Auch wurde die Sowjetunion nicht 1917 gegründet. Doch fand in diesem Jahr ein rasanter Prozess statt, an dessen Ende die Herrschaft der Bolschewiki – ungeachtet aller ihrer inneren Konflikte – nicht mehr zu bestreiten war. Die Welt war somit Ende 1917 eine andere als zu Beginn des Jahres.

ThB

Estland, Lettland, Litauen und Finnland werden unabhängig

Der Erste Weltkrieg wird zumeist als Selbstzerstörung Europas wahrgenommen. Aus der Perspektive vieler Völker im Osten Europas stellt sich das Ergebnis des Ersten Weltkriegs vollständig anders dar: Der Untergang der Vielvölkerreiche Russland und Österreich-Ungarn schuf die Voraussetzungen für die Unabhängigkeit und stellte entweder die frühere staatliche Eigenständigkeit wieder her oder machte manche Völker erstmals in der Geschichte zu selbstständigen und damit völkerrechtlich gleichberechtigten Mitgliedern der europäischen Völkerfamilie.

Ein halbes Jahr nach der Machtergreifung der Bolschewiki in Zentralrussland (Oktober/November 1917) hatten sich fast alle Randgebiete im Westen des Russischen Reiches vom Imperium losgesagt. Die Wiederrichtung des polnischen Staates, den die drei Mächte Russland, Österreich und Preußen am Ende des 18. Jahrhunderts von der Landkarte ausgeradiert hatten, war in vollem Gang. Finnland, Litauen, Estland und Lettland sowie Bessarabien erklärten ihre Unabhängigkeit. Allerdings waren die siegreichen Bolschewiki – entgegen ihrer Propaganda vom Selbstbestimmungsrecht der Völker bis zur Loslösung von Russland – nicht bereit, die Völker kampflos ziehen zu lassen. In allen Fällen musste die Unabhängigkeit politisch und militärisch erkämpft werden. Während Polen und Finnland sowie die drei baltischen Staaten ihre Unabhängigkeit militärisch sichern konnten, gelang es der Roten Armee im Laufe des Bürgerkriegs, die Ukraine, Weißrussland, die Staaten des Transkaukasus und weitere Territorien in Sibirien und Mittelasien, die sich zunächst losgelöst hatten, zurückzuerobern.

Die Bolschewiki restituierten das Zarenreich in der Gestalt der Sowjetunion. Dazu waren auch politische Konzessionen unumgänglich, die sie den Völkern machten, um sie nachträglich für die Revolution zu gewinnen. Dennoch waren die Bruchlinien von 1918 so tief, dass die Sowjetunion 1991 fast überall an eben diesen Linien endgültig zerfiel.

GeS



Freiheitsdenkmal in Riga

Bürgerkrieg

Das Jahr 1919 stellte die Wende im Russischen Bürgerkrieg und das Ende des Russischen Reiches dar. Im Oktober waren die antikommunistischen Truppen (die „Weißen“) einem Sieg am nächsten, und zugleich war es der Monat ihrer entscheidenden Niederlagen. Die Randgebiete Russlands wurden sowohl für den Bürgerkrieg als auch für die Pariser Friedensverhandlungen entscheidend.

An der Westfront schlug Estland kommunistische Verbände und baltendeutsche Freiwillige zurück. Dieser Sieg erlaubte es dem weißen General Judenitsch, mit britischer Hilfe die Nordwestarmee in Estland zu organisieren. Im Oktober konnte Judenitsch mit 20.000 Mann und sechs britischen Panzern beinahe Petrograd erobern. Trotzki leistete jedoch erfolgreich Widerstand, Judenitsch musste sich zurückziehen und wurde von den Esten (auf Druck der „Roten“) entwaffnet. An der Ostfront wurden die ursprünglichen Erfolge der weißen Truppen in Ufa und Tschistopol durch einen roten Gegenangriff im Oktober zurückgeschlagen, was zum Rückzug der Weißen führte. Admiral Koltschak verlor Sibirien. Im Süden nahm General Wrangel Zarizyn ein, und General Denikins Truppen eroberten Odessa, Charkow, Belgorod und die Krim und zogen auf Moskau zu. Im Oktober und November wurden jedoch auch sie von der Roten Armee geschlagen; diese nahm Kiew im Dezember ein und schlug die Weißen in Turkestan.

Diese Verluste, die zu einer Massenflucht der Weißen aus Russland führten, prägten auch das politische Klima der Pariser Friedenkonferenz, an der für die Weißen Fürst Lwow und der ehemalige russische Außenminister Sasonow ebenso teilnahmen wie Semjon Petljura, der die Ukraine vertrat, jedoch keine Vertreter der in Moskau regierenden Kommunisten. Papst Benedikt XV., der zwischen den konkurrierenden Ansprüchen von Polen, der Ukraine und Litauen stand, zeigte eine gewisse Sympathie für eine ukrainische Unabhängigkeit. Schließlich musste Polen (unter Protest) einen Vertrag unterzeichnen, der Minderheitenrechte für Deutsche, Ukrainer und Juden garantierte. Der Ukraine blieb die Unabhängigkeit versagt, und die Vertreter des Russischen Reiches sahen ihre Hoffnungen schwinden.

NaK (deutsch von ThB)

Die Schlacht von Warschau 1920 („Das Wunder an der Weichsel“)

„Warum will meine Traurigkeit nicht vergehen?“, vertraut Isaak Babel am 6. August 1920 seinem Tagebuch an. „Weil ich fern von zu Hause bin, weil wir zerstören, weiterziehen wie ein Wirbelsturm, ein Lavastrom, von allen gehaßt, das Leben stiebt auseinander, ich bin auf einer großen, nicht enden wollenden Totenmesse.“ (Tagebuch 1920. Aus dem Russischen von Peter Urban. Zürich 1998, S. 95). Seine Bilder vom polnisch-russischen Krieg des Jahres 1920 spiegeln den wilden, revolutionären Impetus der jungen Roten Armee wider: Vor kurzem hat sie Kiew von Polen zurückerobert, das versuchte, gemeinsam mit der Ukrainischen Volksrepublik die drohende bolschewistische Gefahr zu bekämpfen. Nun aber bricht die polnische Front zusammen, die bolschewistischen Truppen sind bereits nördlich von Warschau nach Westen bis an die deutsche Grenze vorgestoßen. Babel, immer noch in der Ukraine, notiert den Schrecken des Kriegs: „Weiter vorn steht der Feind. Zwei nackte erstochene Polen mit kleinen zerstückelten Gesichtern blinken im Roggen in die Sonne.“ (Tagebuch, ebd., S. 118). Plünderung, Mord, Vergewaltigung. Polen fürchtet um seine nach mehr als 120 Jahren gerade erst wiedererlangte Unabhängigkeit.

Doch die russischen Linien sind überdehnt und Polens Militärführer Józef Piłsudski erkennt die Chance: Südöstlich des bereits belagerten Warschaus lässt er Mitte August 1920 die polnische Armee angreifen, bald sind die von Michail Tuchatschewski befehligten roten Armeen bedroht, hastig kommt es zum Rückzug. „Wunder an der Weichsel“ wird diese Schlacht von Warschau genannt, eine ursprünglich polemische Bezeichnung von Piłsudskis innenpolitischen Gegnern, die ihm den Erfolg nicht gönnen und ihn höheren Mächten oder französischen Militärberatern zuschreiben. Doch es ist und bleibt ein Erfolg – die polnische Armee geht wieder in die Offensive, bis im Oktober ein Waffenstillstand in Kraft tritt und 1921 im Vertrag von Riga die polnisch-sowjetische Grenze festgelegt wird. Aus polnischer Sicht war die Schlacht nichts anderes als die Rettung des Vaterlandes, für Sowjetrussland endete mit ihr zunächst einmal die Expansion des Kommunismus in den Westen – zumindest vorläufig.

POL

Einführung der Neuen Ökonomischen Politik

Als Neue Ökonomische Politik (russ. Abk. *NEP*) werden die nach dem Ersten Weltkrieg und dem Bürgerkrieg 1918-1921 in Sowjetrußland durchgesetzten wirtschaftspolitischen Reformen bezeichnet, die den Staat aus der ökonomischen Krise führen und die arme und wütende Bevölkerung beruhigen sollten.

Die NEP wurde im März 1921 auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands verkündet und ersetzte somit die während des Bürgerkrieges vorherrschende Wirtschaftspolitik des Kriegskommunismus, die vor allem durch das Gewaltmonopol des Staates über die Verteilung der Ressourcen (zugunsten der Roten Armee) gekennzeichnet war. Dabei lief das hauptsächlich von Lenin und Trotzki unterstützte Konzept der NEP größtenteils der Ideologie der kommunistischen Partei entgegen, da es auf eine Liberalisierung und Dezentralisierung in Handel, Landwirtschaft und Industrie abzielte. Obwohl die politischen Freiheiten der Bürger weiterhin so gut wie gar nicht existierten, bekamen die Marktkräfte auf lokaler Ebene einen breiteren Spielraum: Eigeninitiative und privates Gewinnstreben im Wirtschaftssektor wurden nun wieder gefördert, um einen gewissen allgemeinen Wohlstandsgrad in der Gesellschaft zu erreichen. Die Bauern, die den Großteil der sowjetischen Gesellschaft bildeten, wurden nicht mehr so schwer besteuert und durften mit den ihnen über das Ablieferungssoll verbleibenden Waren frei handeln und Gewinne erzielen. Dies führte dazu, dass sich wieder eine Gesellschaftsschicht von Kaufleuten und Händlern herausbildete, die Kapital akkumulieren konnte. Nach Lenin war dieser taktische Rückzug zum gemäßigten Kapitalismus notwendig, um den Zerfall der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft bereits in ihren Geburtsstunden aufzuhalten und die Landwirtschaft später dann erneut zu verstaatlichen. Der wirtschaftliche Erfolg der NEP stärkte die zentralisierte Macht des Parteiapparats, der wieder das Vertrauen der Bevölkerung für sich gewinnen konnte.

Die Übergangszeit der NEP wurde 1928 dann schließlich von Stalin für abgelaufen erklärt und beendet.

FeP